

3.08.2015

SOS! #Save Donbass People From Ukrainian Army

Zitierweise Empfehlung: Tchernodarov, A.: Die EU-Russlandspolitik und die Griechenland-Krise. In: www.tchernodarov.de/Blog: EU-Osteuropapolitik. Beitrag vom 3.08.2015

Beitrag als PDF:

Die EU-Russlandspolitik und die Griechenland-Krise



Wenn man heute das Wort "Krise" liest, weiß man zunächst gar nicht welche gemeint ist. Es entstehen überall Krisen. Sogar haben die chinesischen Märkte in den letzten Wochen mit Krisen-Erscheinungen für Überraschung gesorgt. Jedoch hat die Krise um Griechenland für die Europäer selbst die Ukraine-Krise in den Hintergrund gerückt.

Bild: br.de

"Grexit", "Referendum", "Oxi", "Troika" und Tsipras-Kapitulation sind die Begriffe, die die dramatische Entwicklung der Griechenland-Krise des letzten Monats veranschaulichen.

Nun kommt die griechische Schuldenproblematik im Kontext des West-Ost-Geokonfliktes besonders zur Geltung. Die Griechenland-Krise ist zum Weltpolitikum geworden. Es ließe sich über die EU-Währungspolitik, oder strikter gesagt über ihre Abwesenheit; über die Bedeutung des Grexits für die EU und Deutschland; über die Auswirkung auf die Weltwirtschaft und den Dollar, über die US-Interessen; über die Interessen Chinas und die Interessen der Schwellenländer bei der Griechenland-Krise diskutieren. Dabei entspricht die griechische Wirtschaft lediglich 2,6 % von der gesamten EU-Wirtschaft. Es sind weltweit bei Weitem schlimmere Fälle bekannt. Wenn man die Schuldenberge des US-Staates Kalifornien mit 13,6% der Wirtschaftskraft von der gesamten der USA anschaut, versteht man, dass es bei der Griechenland-Krise eigentlich überschaubare Dimensionen sind. Außerdem haben sogar die stabilsten Länder der EU große Staatsschulden.

Die Griechen und die Russen

Was hat die Regionalmacht Russland mit dem Ganzen im geopolitischen Kontext zu tun? Was haben die "Griechen" und die "Russen" gemeinsames? Es steht fest, dass die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten sich weit über den Rand eines Grilltellers erstreckt. Die kulturellen, religiösen und historischen Berührungspunkte scheinen auf den Dialog Athen-Moskau positiv zu wirken. Und das, obwohl alle Regierungschefs in Griechenland spätestens seit 1966 eine US-Amerikanische Ausbildung genossen haben und der proamerikanischen Politik besonders treu gewesen sind.



Man konnte für kurze Zeit denken, dass Tsipras ehe einer gemeinsame Sprache mit Frau Victoria Nuland, die den Satz der "Fuk-the-EU" prägte, findet. Der Schein war aber trügerisch. Die USA hat deutlich gezeigt, dass sie eigene Interessen haben. Auf jeden Fall scheint es so zu sein, dass je länger die Griechenland-Krise dauert, desto mehr Verständnis entsteht zwischen Alexis Tsipras und Wladimir Putin.

Mehrere Gespräche im April und im Mai und die Teilnahme des griechischen Ministerpräsidenten am Wirtschaftsforum in Sankt-Petersburg im Juni brachten eine Bewegung nicht nur im griechisch-russischen Dialog, sondern vor allem in die Lösungssuche in der EU selbst.

In deutschen Medien war die Sorge darüber zu spüren, dass Russland Griechenland eine Alternative ohne die EU anbietet. In den Zeitungen hieß es, dass Russland entweder Griechenland "aus dem Westen freikauf" oder "Putin sucht in die EU einen Keil zu schieben"; Oder bei der Bildzeitung auffällig formuliert: "Tsipras schmiedet Pakt mit Putin"! Allein die Wortwahl ist bedeutungsvoll.

Am 8. Juli zeigten sich die Parlamentarier bei den öffentlichen Debatten des EU-Parlaments in der Frage Griechenland noch gespalten. Das erste mal sprach der griechische Ministerpräsident über die Lage in seinem Land zu dem Parlament. Viel hat es nicht gebracht. Die EU zeigte sich von dem griechischen Referendum unbeeindruckt und setzte noch drastischere Reformbedingungen durch.

Wenn ich wiederum zu der Frage der Analogien zwischen Griechen und Russen komme, so muss in der politischen Landschaften der beiden Länder noch das, sonst in Europa, untypische Rechts-Links-Koordinatensystem genannt werden. Was die Griechen als "extrem links" bezeichnen, würde in Deutschland noch als "sozial-demokratisch" gelten. Ob in der Heimat der Demokratie noch Ängste nach der getarnten Gladio-Provokationen lebendig sind, oder vielleicht aus anderen Gründen, aber die wirklich unnachgiebigen Kommunisten, wie auch gewaltbereite Rechte spielen eine überschaubare Rolle in Griechenland. Leider sind die Rechten mit drei wachsenden Parteien vertreten, die sich, jede für sich, bei den Wahlen zu einem zweistelligen Ergebnis nähern. Es entsteht also die Gefahr, dass sich diese Kräfte im Parlament vereinigen.

Dazu kommt es noch, dass es keine Mitte-Partei in Griechenland existiert. So ergab sich die Situation, dass die linke "Syriza" mit einer der Rechtsparteien koalierte.

In der russischen Parteienlandschaft existiert auch eigenes Koordinatensystem und keine wirkliche Opposition abgesehen von den russischen Kommunisten in der Duma.

Wie die Griechen sind die Russen selbstkritisch. Solange sie die Kritik selbst ausüben, ist alles in Ordnung. Dabei kann die Meinung über eigene Mankos vernichtend ausfallen. Wenn aber die Kritik von einem Fremden kommen sollte, dann verteidigen sie eigene Position mit einer harschen Entschiedenheit. Druck von außen ist in diesen beiden Fällen, deswegen

absolut kontraproduktiv. Aus diesem Kontext gesehen ist es nicht verwunderlich, dass die Griechen auf Äußerungen, dass deutsche Fachleute kommen um die Reformierung des Steuersystems zu überwachen und in Ordnung zu bringen, oder auf das "Troika"-Diktat, mit Nazivergleichen und anderen Verunglimpfungen reagieren. Unser deutsche Oberlehrer-Mentalität kommt dort überhaupt nicht an.



Bildautor: Shakara

Übrigens ist hier schönes russisches Wort "Troika" absolut missgestaltet. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes - das Dreigespann der Rosse, die einen Wagen ziehen. Bei der "Troika" der EU sind die Pferde - die Europäische Zentralbank, der Internationale Währungsfond und die Europäische Kommission, die den Wagen "Griechenland" allerdings in verschiedene Richtungen zerren. Das zeigte sich deutlich, als der IWF einen Schuldenschnitt für die Griechen ausgenommen der IWF-Kredite vorgeschlagen hat. Die Situation ist eher mit der bekanten Fabel vergleichbar, wo vor einem Wagen ein Schwan, ein Krebs und ein Hecht gespannt sind. Das Ergebnis ist wohlbekannt: Nun steht der Wagen heut noch dort.

Und das trotz der drei so genannten Rettungspakete. Es ist nicht verwunderlich, dass die Griechen ablehnend auf die EU-Reformprogramme schauen und den Spar-Vorschlägen aus Brüssel erteilen geschlossen ein klares "Oxi". Der Bezug zu Resteuropa, also zu dem so genannten Westen ist übrigens bei den Griechen und Russen ebenfalls ähnlich. In einem Satz lässt sich diese Position mit einem frei übersetztem griechischen Sprichwort wiedergeben: "Wir haben dem Westen das Licht des Wissens geschenkt, dafür haben wir aber billige Schmelzkerzen bekommen"

So auch neigen die Russen dazu, dass ihre europäischen Leistungen nicht gewürdigt, sogar mit falscher Münze heimgezahlt werden. So war das, zum Beispiel in russischer Perspektive bei dem Schutz von der Osmanen oder bei der Befreiung Europas von napoleonischen Joch und Neuordnung in Europa nach dem Wiener Kongress, oder bei der Europas Befreiung von dem Faschismus im Zweiten Weltkrieg, oder die nicht gewürdigte Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung, von der die unmittelbaren europäischen Nachbarn wie Frankreich oder Großbritannien nicht begeistert waren.

Der französischen Literaturnobelpreisträger François Mauriac hat diese Angst der Europäer von der deutschen Wiedervereinigung etwas versteckt damals zum Ausdruck gebracht. Er sagte, dass er so sehr Deutschland liebt, dass er damit zufrieden wäre, wenn weiterhin zwei Deutsche Staaten blieben. Die Politiker haben ihre Meinung bekanntlich noch deutlicher formuliert.

Griechenland ist ein Kollateralschaden des Geokonfliktes.

Russland schaut heute viel nüchterner an die EU-Politik, ohne die sonst noch vor Kurzem obligatorische Touristen-Rosabrille. Die Krisenerfahrung der Jahre 2008-09 und die Sanktionen gegen Russland heute haben der russischen Sicht auf die EU eine erkennbare Korrektive eingebracht. Die Wirtschaft wurde aus russischer Sicht als politisches Druckmittel, als eine Waffe eingesetzt, obwohl beide Wirtschaftssysteme, das von der EU und das Russische, schon am Anfang der Ukraine-Krise auf dem Weg der Stagnation waren. In diesem Kontext erscheint für die russische Politik die griechische Problematik konsequent. Russland hat wie auch die USA verschiedene Lobbyisten- und Wirtschaftsgruppen, welche für oder gegen einem griechischen Austritt aus der Euro-Zone sind. Und das aus nachvollziehbaren Gründen. Kurzfristig würde Russland vom Grixit profitieren. Jedoch nur kurzfristig.

Natürlich spielt jedoch die Realpolitik eine ausschlaggebende Rolle. Die Turbulenzen der EU-Währung können nicht die wirtschaftlichen Interessen Russlands sein. Griechenland aus der EU "freikaufen", wie einige Medien behauptet haben, kann und will Russland nicht. Obwohl sicherlich, wenn Tsipras den Mut gefunden hätte den Plan "B" der eigenen Partei, mit anderen Worten Grexit durchzuziehen, hätte Russland diese Politik zweifelsohne nach Möglichkeit unterstützt. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Herr Peskow hat direkt über die Chance gesprochen im Falle des Grexits, das Verbot der Agrarproduktion aus Griechenland aufzuheben. Noch im Frühjahr hat Nikolaj Fjodorow, der damalige russische Agrarminister erklärt, dass Griechenland nur dann von den Sanktionen ausgenommen werde, wenn das Land die Europäische Union verlässt. Ohne Grexit keine Exporte von Pfirsichen und Erdbeeren Richtung Osten. Nun hat die EU ihre Sanktionen verlängert und Russland verlängerte die eigene Antwort-Sanktionen für ein Jahr. Das ist ein schwerer Schlag für Griechenland, weil 2013 die Lebensmittel Exporte aus Griechenland nach Russland 40 Prozent im Gesamtwert von 178 Millionen Euro betragen.

Moskau hat versucht Athen eine Alternative als Wiedergutmachung anzubieten. Und zwar die gemeinsamen Verarbeitungsunternehmen der griechischen Agrarproduktion auf russischem Territorium zu gründen. Das wäre eine Art des Umgehens der Sanktionen, denn russisch-griechische Unternehmen würden sicherlich nicht unter die Sanktionen fallen. Jedoch bedeutet dies griechische Investitionen in Russland, was sicherlich ein Dorn im Auge für Brüssel wäre. Ob Tsipras so viel Souveränität für Griechenland in Anspruch nehmen kann ist fraglich. Abgesehen davon ist es fraglich, ob Tsipras dafür Staatsgelder gefunden hätte. Obwohl Griechenland zunächst für diese Zwecke zusätzliche Kredite aufnehmen konnte. Als Geldgeber konnte in diesem Fall nur Russland selbst oder die neue BRICS-Bank in Frage kommen.

Die Realität bleibt für die einfachen Griechen doch ziemlich bitter. Die EU-Troika setzt ihre "Hilfe" fort. Dabei ist es bemerkenswert, dass grade Angela Merkel für die IWF-Beteiligung an der "Rettungsmannschaft" bestanden hat. Noch 2010 war Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gegen die IWF-Beteiligung in europäische Angelegenheiten. Dafür hat er sicherlich essentielle Gründe gehabt. Der IWF kommt nur dann in Frage, wenn ein Staat überhaupt keine alternativen Quellen hat und hoch verschuldet ist. Jahrzehntenlang werden IWF Sparprogramme und "Reformen" im Tausch auf hoch verzinsten Kredite auf die bankrotten Länder auferlegt. Brüssel geht übrigens auch diesen Weg im eigenen Haus. Man erinnert sich heute nicht mehr, dass vor nicht langer Zeit Deutschland als "kranker Man" Europas genannt wurde. Schröders Agenda 2010 war ein Reformpaket, Sparmaßnahmenpaket und eben auch Konjunkturpaket im Ganzen. Das Letztere, das Konjunkturpaket eben von beanstandete

Brüssel stets. IWF-Kredite sind eben auch immer an Bedingungen geknüpft. Nach Dirk Müller bringen aber IWF-Programme für einen verschuldeten Staat eine Verbesserung nur in 10% der Fälle mit sich. Können Sie sich einen Chirurgen vorstellen, bei dem nur 10 % der Operationen erfolgreich verlaufen? Die Geschichte des IWFs, seinen Zweck und die Rolle in der EU-Fiskalpolitik sind ein spannendes Thema.

Wird der Rubel nach Athen rollen?

Nichts desto trotz hat Russland durch die Griechenland- und Euro-Krisen zusätzliche Räume zum Taktieren bekommen. Bezeichnend sind Abkommen und gemeinsame Pläne im Energie-Bereich.

Die Entscheidung Russlands die strategische Partnerschaft mit der EU zu überdenken führte dazu, dass Russland das "South Stream"-Projekt nicht mehr realisieren will. Die möglichen Alternativen brachten Griechenland und Russland in Energie-Fragen auf eine Augenhöhe. Dabei ist Griechenland hier auf keinen Fall ein einfaches Transitland. Obwohl allein diese Rolle eine Menge wirtschaftlicher Vorteile in sich bergt. Die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit von Bulgarien ist mit Sicherheit dadurch, dass Bulgarien dem Druck aus Washington und Brüssel nicht stand gehalten hat, nicht besser geworden. Obwohl sich die EU in diesem Projekt als ein unberechenbarer Wirtschaftspartner gezeigt, bleibt sie weiterhin freilich für Russland ein wichtiger, strategischer Partner. Griechenland zeigt sich bereit als EU-Mitglied mit Russland zu kooperieren.



Es gibt einen Partner für den alternativen Verlauf der Pipeline, und zwar entlang der für den "South Stream" geplanten Route bis zum Gewässer Bulgariens und dann zu dem türkischen Ufer hin. Die geplante Menge an Energieträgerlieferung bleibt dem in "South Stream" geplanten gleich, sodass die weitere Führung der Pipeline durch Griechenland schlüssig ist.

Bild: Deutsch-Türkische Zeitung. April 15

Die Türkei nimmt hier als ein neuer Spieler einen lukrativen Platz ein. Jetzt wird die Türkei bei bestehenden Risiken der Lieferung ein wichtiger Energielieferant für Europa. Die Türkei gibt sich auf keinen Fall nur mit der Rolle eines Transitlandes zufrieden. Darauf war in den letzten zehn Jahren die türkische Außenpolitik ständig ausgerichtet. Aus diesem Grund war die Türkei bereit sich an allen Energieprojekten zu beteiligen, allerdings nur unter der Bedingung, dass Türkei dabei die eigenen Interessen auf dem Energiemarkt stärkt und nicht nur als Transitland wirkt.

Unerwartet hat nun die EU der Türkei mit ihrer strengen Politik ein großes Geschenk gemacht, und zwar ein Gas-Ventil an der türkisch-griechischen Grenze. Die Türkei wird zum klaren Gewinner dabei. Griechenland will sich an diesem Projekt beteiligen. Diese Pläne wurden im vergangenen Monat in Sankt-Petersburg von Putin und Tsipras unterschrieben. Es kann davon ausgegangen werden, dass die gemeinsamen Griechisch-Türkischen Energieinteressen den Regierungen helfen die Feindschaften zu überwinden.



Bild: arte, "Mit offenen Karten" vom 5.05.2014

Wobei perspektivisch gesehen, die entstandene Infrastruktur für Griechenland von Nutzen sein kann, weil davon auszugehen ist, dass die Griechen eigene Gasvorkommnisse im Ionischen und im Ägäischen Meer besitzen. Es ist amüsant, dass in den deutschen Medien diese Nachricht vor Kurzem als eine Sensation serviert wurde. Es existieren eigentlich schon längst Einschätzungen, dass an der griechischen Küste im Mittelmeerraum mit Gasreserven von ca. 4 000 Milliarden m³ zu rechnen ist.

Noch im Mai 2014 lief bei ARTE französische Sendung "Mit offenen Karten" zu diesem Thema, wo unter Anderem einiges an weiter führender Literatur über die griechischen Energieschätze empfohlen wurde. Die Frage ist nur ob die IWF-Kredite nicht noch früher Griechenland zwingen alle Bodenschätze zum Pfand zu geben oder gar zu veräußern. Die US-Regierung hat am wenigsten Interesse daran, dass die EU durch eigene Energieträger unabhängiger wird. Hier ist erfahrungsgemäß noch mit weiteren geopolitischen Konflikten zu rechnen.